Deutscher Bundestag **Drucksache 18/11177**

18. Wahlperiode 15.02.2017

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Antrag

der Abgeordneten Uwe Kekeritz, Ulle Schauws, Anja Hajduk, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), Dr. Franziska Brantner, Agnieszka Brugger, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Jürgen Trittin, Doris Wagner, Maria Klein-Schmeink, Tabea Rößner, Elisabeth Scharfenberg, Kordula Schulz-Asche, Dr. Harald Terpe, Dr. Julia Verlinden, Beate Walter-Rosenheimer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Initiative „She Decides“ unterstützen – Die sexuellen und reproduktiven Rechte und die Selbstbestimmung und Gesundheit von Frauen und Mädchen in Ländern des globalen Südens stärken

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Durch die von US-Präsident Trump unterzeichnete so genannte „Global Gag Rule“, die auch als Mexico City Policy bekannt ist, sind viele Beratungs-, Gesundheits- und Unterstützungsangebote für Frauen und Mädchen bedroht, die bisher ganz oder teilweise aus Mitteln der US-Entwicklungszusammenarbeit finanziert wurden. Durch diese Regelung werden Organisationen, die Schwangerschaftsabbrüche anbieten, sich für deren Legalisierung einsetzen oder Frauen hierzu beraten, US-amerikanische Entwicklungsgelder komplett gestrichen – auch für solche Angebote, die nichts mit Schwangerschaftsabbrüchen zu tun haben. Dies betrifft vor allem Organisationen wie die International Planned Parenthood Federation (IPPF) aber auch lokale Gesundheitsorganisationen, HIV/AIDS-Präventionsprogramme, Mütter- und Kindergesundheitsdienste und Zika-Informationsstellen sowie Mittel für UN-Organisationen wie UNFPA. Derzeit kommen ca. 50 Prozent der ODA-Mittel für Familienplanung aus den USA.

Um sicherzustellen, dass der weltweite Zugang zu Angeboten der sexuellen und reproduktiven Gesundheit nicht eingeschränkt sondern ausgebaut wird, hat die niederländische Regierung die Initiative „She Decides“ ins Leben gerufen. Ziel der Initiative ist es, die durch die wegfallenden US-Mittel wachsende Finanzierungslücke im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit so weit wie möglich zu schließen, damit möglichst alle Mädchen und Frauen selbst bestimmen können, ob, wann und von wem sie schwanger werden. Zahlreiche Länder, darunter Schweden, Dänemark, Belgien, Luxemburg, Finnland und Kanada haben sich der Initiative bereits angeschlossen. Nach einem Beschluss des Bundesrats vom 10.02.2017 (Drs. 122/17) ist die Bundesregierung aufgefordert, sich

ebenfalls an der Initiative zu beteiligen. Am 2. März 2017 findet eine internationale Konferenz in Brüssel statt, bei der sich staatliche und nichtstaatliche Vertreterinnen und Vertreter zu diesem Ziel bekennen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Initiative „She Decides“ zu unterstützen und an zukünftigen Konferenzen zu ihrer Planung hochrangig teilzunehmen;
2. die Mittel für von Kürzungen betroffene Organisationen noch im laufenden Haushaltsjahr zu erhöhen und so einen signifikanten finanziellen Beitrag dazu zu leisten, dass die Beratungs-, Gesundheits-, und Unterstützungsangebote für Frauen und Mädchen in Ländern des globalen Südens aufrechterhalten und ausgebaut werden können;
3. sich im Rahmen der EU dafür einzusetzen, dass die ODA-Mittel der EU-Kommission für den Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit erhöht werden und bei anderen EU-Mitgliedstaaten und anderen Regierungen und Partnern für eine Beteiligung an „She Decides“ zu werben.

Berlin, den 14. Februar 2017

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.